

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der GRÜNEN JUGEND München (dort beschlossen am: 09.03.2026)

Titel: Femizide stoppen - Frauenhäuser stärken!

Antragstext

1 Die Versammlung möge beschließen:

2 Der Vorstand der GRÜNEN JUGEND München setzt sich bei der Stadtratsfraktion, bei
3 der Stadtpartei sowie beim Bürgermeisterbüro und bei der GRÜNEN JUGEND Bayern
4 für die Erfüllung folgender Ziele ein:

5 **Jede schutzsuchende Frau verdient Schutz!**

6 Die hohe Zahl an Femiziden hängt direkt mit der zu geringen Anzahl an
7 Frauenhäusern zusammen. Wir fordern die konsequente Umsetzung der Istanbul-
8 Konvention. Das bedeutet: Ausreichend Raum, barrierefreie Zimmer und eine
9 personelle Ausstattung, die auch eine spezialisierte Beratung für traumatisierte
10 Frauen und ihre Kinder ermöglicht.

11 **Ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern**

12 Wir fordern ein bundesweit einheitliches Rahmengesetz, das die Finanzierung von
13 Frauenhäusern und Fachberatungsstellen rechtlich absichert. Schluss mit der
14 Debatte, wer zuständig ist – der Schutz vor Gewalt muss als gemeinsame
15 staatliche Pflichtaufgabe definiert werden, die Bund, Länder und Kommunen zur
16 Zusammenarbeit verpflichtet, statt sie gegeneinander auszuspielen. Die
17 organisatorischen und finanziellen Zuständigkeiten müssen bundesweit einheitlich
18 geregelt und eindeutig definiert sein, hier darf es keine Möglichkeit für
19 Ausreden einzelner Ebenen mehr geben.

Öffentlichkeitskampagne gegen patriarchale Gewalt und das Finanzierungschaos

Die GRÜNE JUGEND München verpflichtet sich dazu, im Juli eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne zum Thema Frauenhäuser und patriarchale Gewalt durchzuführen. Im Zentrum dieser Kampagne steht die Aufklärung über das fatale und intransparente Finanzierungs-Labyrinth aus Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln sowie unterschiedlichen Trägerschaften. Wir machen deutlich: Dass der Schutz vor Gewalt in München von bürokratischem Zuständigkeits-Hickhack und der mangelnden Bereitschaft des Freistaats Bayern zur Vollfinanzierung abhängt, ist ein unhaltbarer Zustand. Wir kritisieren scharf, dass die chronische Unterfinanzierung und das Fehlen eines einheitlichen Rahmengesetzes direkt auf dem Rücken von Betroffenen ausgetragen werden. Ziel der Kampagne ist es, den öffentlichen Druck auf die Entscheidungsebenen zu erhöhen und die Forderung nach einer verlässlichen, bedarfsgerechten und staatlich garantierten Finanzierung als Pflichtaufgabe unüberhörbar zu machen.

Die GRÜNE JUGEND München erkennt die besondere Schutzbedürftigkeit von TINA*-Personen (trans*, inter, non-binäre und agender Personen) vor patriarchaler Gewalt an. Die Schaffung von TINA*-Schutzräumen würdigt die GRÜNE JUGEND München und verpflichtet sich dazu, sich zukünftig eine fundierte Wissensbasis über die besondere Schutzbedürftigkeit von TINA*-Personen anzueignen und auf dieser aufbauend in Zusammenarbeit mit Expert*innen ein Bildungsangebot für die Mitglieder der GRÜNEN JUGEND München zu schaffen.

Des Weiteren soll ein Antrag auf der nächsten Mitgliederversammlung zu den Schutzbedürfnissen von TINA*-Personen, ob in der Politik oder außerhalb, mithilfe von Expert*innen und Betroffenen gestellt werden.

Begründung

Jede dritte Frau in Deutschland erfährt mindestens einmal in ihrem Leben physische oder sexualisierte Gewalt. In einer Gesellschaft, die noch immer tief von patriarchalen Machtstrukturen geprägt ist, sind Frauenhäuser keine „freiwillige soziale Leistung“, sondern eine lebensnotwendige Infrastruktur des Überlebens. Dass die Zahl der Femizide in Deutschland auf einem erschreckend hohen Niveau verharrt, ist die direkte Konsequenz einer Politik, die den Schutz von Frauen nicht konsequent priorisiert.

Das aktuelle Finanzierungssystem der Frauenhäuser in München und Bayern ist dabei ein Paradebeispiel für strukturelles Staatsversagen. Anstatt einer verlässlichen Vollfinanzierung erleben wir ein bürokratisches Abschieben von Verantwortung zwischen Bund, Land und Kommunen. Dieser „Zuständigkeits-Pingpong“ führt dazu, dass wertvolle Ressourcen in der Verwaltung gebunden werden, statt in die Beratung und den Ausbau von Plätzen zu fließen. Besonders in Bayern wird die Istanbul-Konvention – ein völkerrechtlich bindender Vertrag – sträflich vernachlässigt.

Doch effektiver Schutz vor patriarchaler Gewalt darf nicht bei cis Frauen aufhören. Wir müssen anerkennen, dass TINA*-Personen (trans*, inter, nicht-binäre und agender Personen) als vom Patriarchat unterdrückte Minderheiten eine besondere Schutzbedürftigkeit aufweisen, die sich fundamental von der Lebensrealität cis geschlechtlicher Frauen unterscheidet. Der bloße Verweis auf bestehende Frauenhäuser greift hier zu kurz: Diese Institutionen repräsentieren oft die Binärität eines Systems, das geschlechtliche Vielfalt außer Acht lässt. Faktisch sind klassische Frauenhäuser für TINA*-Personen häufig keine Safer Spaces, da sie dort erneut transfeindlicher Diskriminierung ausgesetzt sein können.

Deshalb ist es für uns als GRÜNE JUGEND München zentral, nicht nur über Frauenhäuser zu sprechen, sondern spezialisierte Schutzräume für alle von patriarchaler Gewalt Betroffenen einzufordern. Die in München hart erkämpfte erste Schutzstelle für TINA*-Personen ist ein Meilenstein, den wir explizit würdigen und dessen Absicherung wir fordern. Wir weigern uns, TINA*-Themen lediglich als Anhängsel zu behandeln. Stattdessen wollen wir eine fundierte innerverbandliche Bildungsarbeit sicherstellen, sodass wir die Komplexität dieser unterschiedlichen Schutzbedarfe verstehen und politisch präzise adressieren. Schutz vor Gewalt muss eine staatliche Pflichtaufgabe sein – bedarfsgerecht, ausfinanziert und für alle Identitäten zugänglich.